

Todesdrohungen, Medienkampagnen, Diffamierungen und Verleumdungen gegen die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden

Sonntag, 5. September 2010

Die Restriktionen und Einschränkungen durch Drohungen, Medien- und Justizkampagnen, denen die Aktivistinnen und Aktivisten unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Comisión de Justicia y Paz) bei der Ausübung des legitimen Rechts unterliegen, die umfassend begriffenen Menschenrechte in den Regionen Calima, Valle und am Unterlauf des Atrato in Chocó zu verteidigen, möchten wir ethisch verurteilen und historisch festhalten.

Bogotá, den 3. September 2010

JUAN MANUEL SANTOS

Präsident Kolumbiens

ANGELINO GARZÓN

Vizepräsident Kolumbiens

GERMÁN VARGAS LLERAS

Minister für Inneres

ANGELA MARÍA HOLGUÍN

Ministerin für auswärtige Beziehungen

JUAN CAMILO RESTREPO

Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

FERNANDO PAREJA REINEMER

Stellvertretender Generalstaatsanwalt der Nation

ALEJANDRO ORDÓÑEZ

Generalanwalt der Nation

VOLMAR PÉREZ

Nationaler Bürgerbeauftragter

„Sie glauben, sie seien objektiv. Was sie nicht sagen, und worüber sie sich womöglich nicht bewusst sind, ist, dass sie frei schreiben dürfen, weil ihre Ansichten im Allgemeinen der Doktrin des Systems entsprechen. So gesehen können sie durchaus frei und ungezwungen schreiben. Diejenigen, die die Doktrin des Systems nicht akzeptieren, können versuchen, in den Medien zu überleben, was ihnen aber kaum gelingen wird. Es gibt also eine gewisse Bandbreite. Allerdings muss eine Art grundlegende Übereinstimmung herrschen, um überhaupt in die Medien hineinzukommen.“ Noam Chomsky

Die Restriktionen und Einschränkungen durch Drohungen, Medien- und Justizkampagnen, denen die Aktivistinnen und Aktivisten unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bei der Ausübung des legitimen Rechts unterliegen, die umfassend begriffenen Menschenrechte in den Regionen Calima, Valle und am Unterlauf des Atrato in Chocó zu verteidigen, möchten wir ethisch verurteilen und historisch festhalten.

Seit vergangenem Juli finden im Zuge paramilitärischer Operationen seitens der so genannten „Águilas Negras“ (Schwarze Adler) und „Los Rastrojos“ (die Stoppel) Verbrechen gegen afrokolumbianische Bewohner, Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, Einschüchterungen und Schikanen statt. In diesem Zusammenhang sind die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden gemeinsam mit einem Priester zu militärischen Zielscheiben erklärt worden.

Die Drahtzieher der paramilitärischen Strategie kündigten im Oktober eine Operation zur „territorialen Säuberung“ an und warnten die Afrokolumbianer, dass sie an den Aufklärungsaktivitäten unserer Organisation weder teilnehmen noch darüber berichten dürften, da sie sonst ermordet oder verschleppt würden. Zugleich bestätigte sich die Existenz einer Drohschrift gegen einen Priester und unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden.

Zum anderen wurden nach dem Anschlag, der in der Region Urabá auf Germán Marmolejo verübt wurde, massiv falsche Anschuldigungen und Vorwürfe gegen unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden erhoben und sie gar für den Anschlag verantwortlich gemacht. Diese haltlosen Anschuldigungen wurden unter anderem von Marmolejo selbst sowie von Jaime Jaramillo Panesso, einem Mitglied der Nationalen Versöhnungskommission, vorgebracht.

Zugleich wurde unser Sitz in Bogotá am 1. September sowohl in den Morgen- als auch Abendstunden überwacht und fotografiert.

Das Vorgehen gegen die Aktivistinnen und Aktivisten unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in der Region Calima möchten wir hiermit festhalten und ethisch verurteilen.

* Am **Mittwoch, dem 24. August**, bestätigte unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden die Existenz eines Pamphlets mit Todesdrohungen gegen einen Priester der Diözese und gegen unsere Organisation aufgrund unseres Einsatzes und unserer Unterstützung für die afrokolumbianische Bevölkerung in der Region Calima und der Verteidigung ihrer Rechte.

In der Botschaft werden ein Priester und die Mitglieder der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, die sich in der Region aufhalten, zur militärischen Zielscheibe erklärt. Weiter heißt es in der Drohschrift, dass sie die Region am Unterlauf des Calima unverzüglich zu verlassen hätten. Der Priester wird als führende Marionette der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bezeichnet, und es wird darauf hingewiesen, dass die Aufklärungsarbeit zu Menschenrechten, die unsere Organisation mit Jugendlichen durchführt, nicht fortgesetzt

werden könne. Schließlich folgt die Warnung, dass bei einer Meldung der Vorkommnisse mit Konsequenzen zu rechnen sei.

* Am **Dienstag, dem 31. August**, wurde die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Bogotá gegen 9:30 Uhr darüber informiert, dass die Paramilitärs im Grenzgebiet zwischen San Juan und Calima davor gewarnt hätten, irgendetwas zu melden. Außerdem hätte die Bevölkerung Stillschweigen zu bewahren und dürfe keinerlei Informationen an die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden weitergeben oder sich an den von unserer Organisation durchgeführten Aufklärungsaktivitäten zu Menschenrechten oder juristischen Schritten beteiligen. Die Paramilitärs hätten betont, dass bei Missachtung dieser Warnungen ihr Leben auf dem Spiel stünde.

Diejenigen, die es wagten, die gegen sie gerichteten Drohungen zu melden, sahen sich gezwungen, das gemeinsame Territorium der Region Calima zu verlassen.

Das Vorgehen gegen die Aktivistinnen und Aktivisten unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden aufgrund ihrer Tätigkeit am Unterlauf des Atrato möchten wir hiermit festhalten und ethisch verurteilen.

* Am **Samstag, dem 28. August**, erfuhr die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden gegen Abend aus erster Hand weitere Einzelheiten dazu, wie Masuel Romaña vor seiner Festnahme bedrängt wurde, Mitglieder der Gemeinschaftsräte von Jiguamiandó wie etwa Manuel Denis Blandón und Erasmo Sierra, Mitglieder unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, sowie den Jesuitenpater Javier Giraldo als Mitglieder der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens-Volksarmee) zu beschuldigen, die für die Ermordung von Graciano Blandón, seines Sohnes und Manuel Moya verantwortlich seien.

Nach Angaben des Zeugen wurde Romaña vom Sohn des ermordeten Graciano Blandón, der in Carmen del Darién „El Flaco“ genannt wird, fünf Tage vor seiner von der Staatsanwaltschaft angeordneten Festnahme am 29. Juli 2010 bedrängt, gegen Mitglieder der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden auszusagen. Der Sohn von Blandón und weitere Personen, die offensichtlich Angehörige seiner Familie sind, sowie Germán Marmolejo hätten ihn gedrängt, zu Treffen der Guerilla der FARC-EP mit Manuel Denis Blandón und Erasmo Sierra und mit Menschenrechtsverteidigern unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden sowie mit Priester Giraldo auszusagen. Er müsse bekräftigen, dass sie alle an der Planung des Anschlags gegen Manuel Moya und Graciano Blandón beteiligt gewesen seien.

Der Quelle zufolge unterhielt Graciano Blandón wichtige Beziehungen zu sehr einflussreichen Personen, um die Entwicklung der Region voranzutreiben. Genannt wurden dabei eine Ärztin namens María Fernanda, ein Arzt namens Alejandro sowie Germán Marmolejo, und was ihm in diesem Zusammenhang *„Sorge bereitete, hatte mit Manuel Denis und ‚Gerechtigkeit und Frieden‘ zu tun“*.

Nachdem diese Forderungen an Masuel Romaña gestellt waren, warnten ihn der Sohn von Graciano Blandón und Germán Marmolejo, dass sie ihn – sollte er nicht mit ihnen zusammenarbeiten – ins Gefängnis stecken würden, und drohten: *„Sie werden schon sehen, was Ihnen passiert“*.

Fünf Tage später wurde Masuel Romaña verhaftet, so wie es von Germán Marmolejo versichert worden war.

Der gleichen Quelle zufolge habe Marmolejo falsche Zeugen mobilisiert, die gegen Masuel Romaña aussagen sollten, und in Carmen del Darién versichert, dass Masuel Romaña sehr lange im Gefängnis bleiben würde und „*ihn da niemand herausholen*“ könne. Sollte sich ein Anwalt für ihn einsetzen, so Marmolejo weiter, werde man den Prozess zum Scheitern bringen, denn „*dafür haben wir schließlich Geld, mit dem sich alles erreichen lässt*“, wobei er sich auf die Unterstützung von María Fernanda bezogen habe.

Wie bekannt wurde, suchte einige Tage nach der Festnahme von Masuel Romaña ein Beamter der Staatsanwaltschaft, offensichtlich von der Außenstelle Quibdó, das Amt des Bürgerbeauftragten in Apartadó auf, um einen Pflichtverteidiger anzufordern, da Masuel Romaña die gegen ihn erhobenen Vorwürfe eingeräumt habe.

Nach eigenen Angaben hat der verhaftete Romaña, wie der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bekannt wurde, abgestritten, für den dreifachen Mord verantwortlich oder an ihm beteiligt gewesen zu sein, und er wüsste nicht, was die Staatsanwaltschaft zu solchen Behauptungen veranlasse.

Am 28. August wurde gegen Abend ferner bekannt, dass Manuel Gregorio Denis, der sich im Rahmen des Verfahrens 3856 wegen Vertreibung, Paramilitarismus und Umweltzerstörung unter Hausarrest befand, zu Masuel Romaña Kontakt aufgenommen hatte, um ihn zu warnen: „*Wo Sie sind, werden auch Manuel Denis und die von ‚Gerechtigkeit und Frieden‘ landen, und wenn Sie dieses Verfahren akzeptieren, können Sie sich vorstellen, dass Sie aus dem Gefängnis nicht herauskommen*“.

Nach Darstellung einer Zeugin unterhält Marmolejo enge Verbindungen zur Brigade 17, zur Organisation „Manos por la Paz“ (Hände für den Frieden) und zu María Fernanda Cabal, der ehemaligen Direktorin für internationale Beziehungen bei der Generalstaatsanwaltschaft. Marmolejo prahle damit, ihre Unterstützung zu haben und mit ihr zusammenzuarbeiten.

* Am **Mittwoch, dem 1. September** gegen 10:00 Uhr ging bei der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden ein Anruf ein, in dem darüber informiert wurde, dass seitens des Radiosenders Apartadó Stereo im Zusammenhang mit dem bewaffneten Anschlag, der am Abend des 31. August um 19:30 Uhr zwischen den Gemeindebezirken El Tres und Currulao gegen Germán Marmolejo verübt wurde, eine Reihe falscher Anschuldigungen erhoben wurden, wonach die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden für den Anschlag verantwortlich sei.

Der Quelle zufolge wurde beim Verlesen einer Mitteilung angedeutet, dass die Humanitären Zonen Curvaradó und Jiguamiandó Gebiete seien, die von der Guerilla zur Vorbereitung krimineller Handlungen genutzt würden. In derselben Mitteilung wurden die Humanitären Zonen als deren Sammlungsgebiete und Armutsgürtel bezeichnet.

Nach den erhaltenen Informationen hat Marmolejo behauptet, dass für den Anschlag diejenigen verantwortlich seien, die gegen die Landvergabe seien, nämlich die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, der Jesuitenpater Javier Giraldo und Peace Brigades International (PBI), die die Bewohner der Humanitären Zonen und Biodiversitätszonen unterstützen.

Marmolejo bekräftigte, so die Quelle, dass die Verantwortung für den Anschlag bei der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden liege, schließlich hätten wir behauptet, er sei ein

Paramilitär. Dies ist völlig unzutreffend, wie anhand unserer Schriften festgestellt werden kann.

Marmolejo ist übrigens derzeit kein rechtmäßiger Vertreter des Curvaradó-Gebiets, wie aus der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom 18. Mai hervorgeht. Ebenso wenig kann er ein rechtmäßiger Vertreter des Großen Gemeinderats von Jiguamiandó sein, da er nicht in diesem Gebiet wohnt, wie fälschlicherweise auf der Internetseite „La Silla Vacía“ im Artikel „Verfolgung von Führungspersönlichkeiten in Chocó nimmt kein Ende“ berichtet wurde (aufgerufen am 1. September unter <http://www.lasillavacia.com/querido...>).

Wie wir bereits erwähnt haben, war Marmolejo ein Förderer der mutwilligen Besetzer, indem er die betrügerische und regelwidrige Versammlung im September 2009 unterstützte, hat Mitglieder des Kleinen Gemeinderats bedroht, Mitglieder der Kleinen Gemeinderäte diffamiert und versucht, mit den mutwilligen Besetzern Absprachen zu treffen und dabei auf dem Rücken der schwarzen Gemeinschaften und unter Missachtung ihrer Rechte Verträge zu schließen.

Gleichzeitig wurde eine Mitteilung der Vereinigung von Guerillaopfern Vida bekannt, in der es heißt: *„Wir wurden darüber informiert, dass heute um 20:00 Uhr auf der Straße, die in der Region Urabá von Turbo nach Apartadó führt, der rechtmäßige Vertreter des Großen Gemeinderats von Curvaradó, Germán Marmolejo, beschossen wurde und er es mit seinem beschossenen Fahrzeug zur Polizeiwache von Currulao schaffte. Marmolejo ersetzte auf seinem Posten die am 17. Dezember 2009 ermordeten afrikanischstämmigen Führer Manuel Moya und Graciano Blandón, die öffentlich und auf rechtmäßigem Wege wiederholt die FARC und anerkannte nichtstaatliche Organisationen bezichtigt hatten, zur Unterdrückung der schwarzen Gemeinschaften miteinander zu paktieren und kriminelle Absprachen zu treffen (...). Gerüchten zufolge weiß man in der Region und in der afrikanischstämmigen Gemeinschaft, wer hinter diesen Anschlägen und Verbrechen steckt“.* Aus „Anschlag auf Führer schwarzer Gemeinschaften“, abgerufen am 2. September 2010 unter <http://avanti-ragazzi.tf.blogspot.com/search/label/GERMAN%20MARMOLEJO%20ONG%20FARC>

Auch Uno América schob die Verantwortung für den Anschlag unserer Menschenrechtsorganisation zu, wie es bereits beim dreifachen Mord an Manuel Moya, Graciano Blandón und seinem Sohn vergangenen Dezember geschehen war: *„Wir fordern die Staatsanwaltschaft nachdrücklich auf, diese kriminelle Handlung zu untersuchen und insbesondere gegen die Mitglieder jener nichtstaatlichen Organisationen zu ermitteln, die von Moya und Blandón als mögliche Drahtzieher oder Anstifter der von den FARC begangenen kriminellen Handlungen beschuldigt werden. Frühwarnung: Wir verurteilen gegenüber den nationalen und internationalen Behörden den „Plan Pistola“ mit von den FARC angeordneten gezielten Tötungen von Angehörigen der afrikanischstämmigen Gemeinschaften, die öffentlich und bei der Staatsanwaltschaft die Verbindungen der nichtstaatlichen Organisationen zu der narkoterroristischen Vereinigung FARC in der Region Urabá angezeigt hatten“.* Aus „Mordversuch der FARC an Germán Marmolejo, Menschenrechtsverteidiger in Curvaradó“, aufgerufen am 2. September unter <http://www.unoamerica.org/unoPAG/no...>

Die Zeitung El Mundo aus Medellín schrieb ihrerseits in der Oberüberschrift ihrer Printausgabe: *„Der Führer aus Chocó macht die Farc und eine nichtstaatliche Organisation für den Anschlag verantwortlich.“* In der Nachricht selbst greift die Zeitung offenbar eine Äußerung von Jaime Jaramillo Panesso von der Nationalen Versöhnungskommission CNRR auf: *„Marmolejo ersetzte auf seinem Posten die am 17. Dezember 2009 ermordeten*

afrikanischstämmigen Führer Manuel Moya und Graciano Blandón, die öffentlich und auf rechtllichem Wege wiederholt die FARC und anerkannte nichtstaatliche Organisationen bezichtigt hatten, zur Unterdrückung der schwarzen Gemeinschaften miteinander zu paktieren und kriminelle Absprachen zu treffen, so gestern Jaime Jaramillo Panesso von der Nationalen Kommission für Entschädigung und Versöhnung“. Aus „Germán Marmolejo entkam dank gepanzertem Auto“, abgerufen am 2. September unter <http://www.elmundo.com/sitio/notici...>

Ricardo Puentes Melo versicherte auf der Website „Periodismo Sin Fronteras“ (Journalismus ohne Grenzen) Folgendes: *„Jahrelang haben die FARC und ihre Freunde von der Kirchenübergreifenden Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, der nichtstaatlichen Organisation des Priesters Giraldo, den Schwarzen in Curvaradó Land entrissen und sie gezwungen, umzusiedeln und sich in von Elend und Krankheit gebeutelten Orten zu drängen, während das gute Land vom Gespinn FARC-Jesuiten abgesteckt wird“.* Aus „Was gelten schon die Schwarzen?“, abgerufen am 2. September 2010 unter <http://www.periodismosinfronteras.c...>

* In Bogotá machte am 1. September gegen 8:00 Uhr morgens ein Mann Aufnahmen vom Sitz unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, und als er bemerkt wurde, ergriff er die Flucht. Gegen 18:00 Uhr erschien dieselbe Person, diesmal in Begleitung einer Frau. Als er bei der Aufnahme neuer Fotos bemerkt wurde, entfernten sich beide zügig.

* Am **Donnerstag, dem 2. September**, erhielt unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden gegen 20:00 Uhr Informationen, wonach bei den VI. Begegnungen der Verfassungsgerichtsbarkeit Germán Marmolejo und zwei weitere Afrikanischstämmige verleumderische Behauptungen gegen unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und die Bewohner im Bereich der Kleinen Gemeinderäte der Humanitären Zonen aufgestellt hätten. Diese neue Offensive gegen unsere Menschenrechtsorganisation im Zuge einer paramilitärischen Strategie mit Verwüstungen und sozialer Gebietskontrolle, bei der die afrokolumbianische Bevölkerung in der Region Calima zum Schweigen gebracht und bedroht wird und bei der von ihr verlangt wird, sich an der Förderung von Initiativen zum Schutz der Gebiete und des Lebens weder zu beteiligen noch darüber zu berichten, findet unsere ethische Verurteilung.

Die Todesdrohungen, die seitens paramilitärischer Gruppierungen gegen die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden gerichtet worden sind, finden unsere ethische Verurteilung.

Die neue Welle falscher Anschuldigungen und Vorwürfe, mit denen wir für den Anschlag auf Leib und Leben eines Afrokolumbianers verantwortlich gemacht werden sollen, womit die Verantwortung der Viehzucht-, Ölpalmen- und Bananenunternehmen bei der gewaltsamen Enteignung gemeinschaftlichen Landes durch paramilitärische Aktionen mit Duldung der Brigade 17 verschleiert und den rechtmäßigen Maßnahmen zur Erlangung der Wahrheit, Gerechtigkeit und umfassenden Wiedergutmachung die Legitimation entzogen werden soll, findet unsere ethische Verurteilung.

Diese Kampagne der Diskreditierungen und falschen Anschuldigungen verfolgt den gleichen Zweck wie eine Medienkampagne, die vom General a.D. Rito Alejo del Río Rojas im Verbund mit Fernando Londoño Hoyos, früherer Innenminister unter Álvaro Uribe Vélez, seit Oktober 2008 inszeniert wird, nämlich die Schaffung eines juristischen Konstrukts gegen Mitglieder unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, darunter gegen

Redemptoristenpater Alberto Franco, Abilio Peña, Danilo Rueda und Jesuitenpater Javier Giraldo.

Die Untätigkeit der Gerichte, die eigentlich rasch und sorgfältig den Informationen nachgehen sollten, die klar darauf hindeuten, dass auf eine verhaftete Person wie Masuel Romaña Druck ausgeübt wird, obgleich er beteuert, zum Eingeständnis seiner Verantwortung an einem Verbrechen, das er nicht begangen hat, und zur Bezichtigung von Mitgliedern unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und von Jesuitenpater Javier Giraldo an Verbrechen gedrängt worden zu sein, findet unsere ethische Verurteilung.

Am 22. Dezember des vergangenen Jahres äußerte Alejandro Peña Exclusa von Uno América in einem Interview mit dem ehemaligen Minister Fernando Londoño Hoyos, dass die Untersuchungen im Mordfall Manuel Moya und Graciano Blandón „*auf Verbindungen zwischen den FARC und der vom marxistischen Priester Javier Giraldo geleiteten nichtstaatlichen Organisation Gerechtigkeit und Frieden hindeuten*“ (aufgerufen am 3. September 2010 unter <http://www.unoamerica.org/unoPAG/au...>).

Wir verurteilen die Festigung institutioneller und wirtschaftlicher Parallelstrukturen in den Denk- und Handlungsmustern der Zivil- und Lokalbehörden, nicht nur der Unternehmen, die am Unterlauf des Atrato zur Entstehung eines De-facto-Staats führen, in dem kriminelle Kreise und Nutznießer des Paramilitarismus das Recht nach ihren eigenen Interessen auslegen und den Justizapparat und die Ermittlungsbehörden als Teil einer Strategie nutzen, mit der Unternehmer, Bananen- und Viehzüchter, gegen die in 12 Jahren trotz aller Beweise für ihre Verwicklung in kriminelle Handlungen zur gewaltsamen Enteignung und illegalen Landnutzung nicht ermittelt worden ist, gedeckt werden sollen.

Wir rufen die neuen Mitglieder der Regierung dazu auf, der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom 18. Mai uneingeschränkt nachzukommen und wirksame Maßnahmen gegen die paramilitärischen Strukturen zu ergreifen, die sich bei der Brigade 17 und der Polizei der Region Urabá herausbilden, und die Denkmuster zu bekämpfen, nach denen unter Missachtung des Rechts die institutionellen Parallelstrukturen vor Ort gedeckt und die Hintermänner der Parallelwirtschaft geschützt werden.

Im Einklang mit Artikel 23 der Nationalen Verfassung fordern wir, dass man uns über Folgendes informiert:

1. Welche Maßnahmen hat das Flussbataillon Nr. 3 der IV. Marineinfanteriebrigade unternommen, um nicht nur die Operationen der Guerilla der FARC-EP, sondern auch der paramilitärischen Strukturen in der Region Calima zu bekämpfen?
2. Warum ist man nicht gegen die Paramilitärs vorgegangen, die sich in La Colonia nur 20 Minuten vom Militärposten entfernt befinden, der an der Landstraße nach Buenaventura in der Gemeinde namens Kilómetro 9 liegt, wenn die dortigen bewaffneten Einheiten über die Anwesenheit der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden Bescheid wissen?
3. Wir fordern ermittelungsbehördliche Schritte zur Aufklärung der Diskreditierungs- und Kriminalisierungskampagne gegen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, die im Oktober 2008 durch das Gespräch zwischen General a.D. Rito Alejo del Río Rojas und dem ehemaligen Minister Fernando Londoño Hoyos bekannt wurde.

4. Wir fordern die Identifizierung der Verantwortlichen für den versuchten Prozessbetrug, durch den die Mitglieder unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, darunter Pater Alberto Franco, Abilio Peña, Danilo Rueda und Pater Javier Giraldo, fälschlicherweise mit dem Dreifachmord im vergangenen Dezember und dem Anschlag auf Marmolejo in Verbindung gebracht werden sollen.

5. Wir fordern die vollständige Aufdeckung der Identität von „María Fernanda“ und „Alejandro“, die nach den bisherigen Informationen Teil der Strategie der Verschleierung und falschen Anschuldigungen sind und wissen, mit welcher Strategie die strafrechtlichen Ermittlungen zum Verbrechen im vergangenen Dezember manipuliert werden können.

6. Wir fordern, dass man uns die Gründe nennt, warum die Regierung keine öffentliche Gegenüberstellung mit den demobilisierten „Karina“ und „Samir“ angeordnet hat, damit diese vor Vertretern der internationalen Gemeinschaft, der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte und jedem einzelnen Mitglied unserer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden aussagen, an welchem Tag, zu welcher Uhrzeit, in welchem zeitlichen Kontext, auf welche Weise und wo sie sich mit wem getroffen haben, um rechtswidrige Handlungen, Straftaten usw. zu planen.

7. Wir fordern, dass uns klar mitgeteilt wird, welche Garantien uns die Regierung zu geben gedenkt, damit unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in der Region Calima, am Unterlauf des Atrato und in Bogotá auf legitime Weise die Menschenrechte verteidigen kann.

In tiefer Sorge

Kirchenübergreifende Kommission für Gerechtigkeit und Frieden